



Offener Brief

Berlin, den 26.05.2020

An die Mitglieder, Ehrenamtlichen und Mitarbeitenden der AWO
An alle Freundinnen und Freunde der AWO

Die Basis der AWO hat Kraft, Energie und Willen

Liebe Freundinnen, liebe Freunde,

unsere Arbeiterwohlfahrt begegnet aktuell vielen Herausforderungen. Während sich unsere Ehrenamtlichen und Mitarbeitenden in der aktuellen Pandemie Seite an Seite um die Menschen kümmern, die unsere Hilfen bedürfen, und dabei zeigen, wie wichtig die AWO und deren Werte für die Gesellschaft in Deutschland sind, kämpfen wir an anderen Stellen verbandsintern. Kämpfe, die Kraft kosten, mühsam sind – aber vor allem vermeidbar wären.

Wir haben ein Wertesystem, wir haben unser Grundsatzprogramm und wir haben auch interne Richtlinien wie das Verbandsstatut und den AWO-Governance-Kodex. All dies gibt es aus gutem Grund. Die AWO ist föderal aufgebaut – und das ist gut so. Aber wir können nicht unter einem Namen und einem Logo auftreten, wenn wir uns in wesentlichen Aspekten nicht einig sind. Dabei stehen unsere Werte – Freiheit, Toleranz, Solidarität, Gleichheit und Gerechtigkeit – ganz vorne. Ein einheitliches Verständnis, wofür unsere Vereine, Verbände und Gesellschaften stehen, ist ebenso wichtig. Wir vereinen Gemeinnützigkeit unter unserem Dach – dafür müssen wir uns am Gemeinwohl orientieren und selbstlos agieren. Dabei soll und darf die Wertschätzung der Leistung der vielen Tausend Menschen, die sich in der AWO haupt- und ehrenamtlich engagieren, aber selbstverständlich auch niemals zu kurz kommen.

Wir haben Ende letzten Jahres in den Kreisverbänden in Frankfurt am Main und Wiesbaden beobachten können, wohin es führen kann, wenn einzelne Personen das Verständnis verlieren, was der Kern der AWO ist und wen sie repräsentiert. Dort standen bei führenden Personen Maßlosigkeit und Eigennutz im Vordergrund. Das Positive: Die Basis hat dort eindrücklich gezeigt, dass sie dies nicht akzeptiert und mit viel Kraft, Energie und Willen einen erfolgreichen Neustart eingeleitet. Dasselbe brauchen wir auch in Thüringen und wir glauben nicht nur – nein, wir wissen – dass es diese Kraft auch dort gibt.

Die Auseinandersetzungen, die der Landesverband Thüringen und insbesondere dessen Tochtergesellschaft AWO AJS mit dem Bundesverband, aber auch mit ver-

schiedenen Regional- und Kreisverbänden hat, beruhen im Wesentlichen darauf, dass verbandliche Grundsätze und Vereinbarungen nicht eingehalten werden.

Wir wollen innovative AWO-Organisationen, die auch wachsen, um mehr Menschen mit unseren Leistungen und Angeboten zu erreichen. Wir wollen aber keine aggressive Expansionspolitik, die sich vom Gemeinwohl und von den Bedarfen der Menschen entkoppelt und innerverbandliche Konflikte herbeiführt. Wir wollen auch keine Organisationen, die vergessen, dass sie aufgrund ihrer Tätigkeit in der Sozialwirtschaft, als Teil der Freien Wohlfahrt und ihrer Stellung als gemeinnützige Gesellschaft eine besondere gesellschaftliche Verantwortung haben. Wir setzen bei der AWO andere Maßstäbe als bei rein wirtschaftlichen Unternehmen.

Wir wollen eine leistungsgerechte Vergütung für alle Mitarbeitenden der AWO – für die Arbeiternehmer*innen in den Einrichtungen, für Mitarbeitende in der Verwaltung und selbstverständlich auch für unsere Führungskräfte und Geschäftsführungen. Die Vergütung der Geschäftsführung ohne Grenze durch hohes Umsatzvolumen zu rechtfertigen, entspricht aber nicht den Werten der AWO und auch nicht unserem Verständnis von Gemeinnützigkeit – insbesondere wenn dadurch die Schere zur Vergütung der unteren Einkommensklasse stetig weiter auseinander driftet. Alles andere ist nicht solidarisch. Es ist auch nicht gemeinwohlorientiert, da es im Wesentlichen um öffentliche Mittel geht.

Bei der AJS des AWO-Landesverbandes Thüringen konnten wir im Rahmen unserer Prüfung abermals Vergütungen feststellen, die für eine AWO-Organisation nicht zu rechtfertigen sind. Hierbei wurden auch Vereinbarungen aus der Vergangenheit zur Überprüfung nicht eingehalten. Wider besseren Wissens wird behauptet, dass der Bundesverband bei vergangenen Prüfungen die Höhe der Vergütung nicht angemahnt hätte. Richtig ist, dass wir bereits 2017 darauf hingewiesen hatten, dass die Vergütung einzelner Personen den Verbandsvergleich deutlich übertrifft. Da die überarbeiteten Vergütungsregelungen des AWO-Governance-Kodex zum Zeitpunkt der damaligen Prüfung noch nicht verabschiedet waren, hatten wir vereinbart, dass die Vergütung nach Verabschiedung durch die verantwortlichen Organe – der Landesvorstand und die Aufsichtsgremien der Gesellschaft – überprüft wird.

Heute wird mit Bestandsschutz von bestehenden Verträgen argumentiert, während nach der Verabschiedung des AWO-Governance-Kodex die Vergütung gehörig weiter erhöht wurde. Das ist ein eindeutiges Zeichen gegen die AWO-Gemeinschaft und gegen gemeinschaftlich verabschiedete Richtlinien. Die Gültigkeit des Kodex ohne stichhaltige Argumente sogar gänzlich beiseiteschieben zu wollen, kann nur als verbandsschädigendes Verhalten bezeichnet werden. Es ist somit mehr als nur ein Eindruck, dass die AWO AJS sich immer weiter von der AWO entfernt hat und entfernen will.

Des Weiteren wurden dem Bundesverband Datenschutzverletzungen vorgeworfen, weil ein verabredetes Verfahren umgesetzt wurde und alle aufsichtsberechtigten Personen im AWO-Landesverband wesentliche Informationen erhalten haben. Eine

solche Kritik durch die AJS-Spitze zeigt fehlendes Verständnis für anerkannte, wichtige Führungsprinzipien und Aufsichtskontrollen (u.a. Trennung von Führung und Aufsicht, Transparenz). Vorstandsmitglieder haben die Pflicht zur Kontrollen, ein Recht auf umfassende Informationen und es zeigt sich, dass die Ehrenamtlichen ihrer Verantwortung nachkommen wollen. Daher hätten diese den Berichtsentwurf wie vereinbart von Anfang an erhalten müssen.

Liebe Freundinnen und Freunde, wir können und werden es nicht länger hinnehmen. Wir werden unsere Prüfung fortsetzen und weitere Unterlagen anfordern, da wir seit unserem Berichtsentwurf weitere Hinweise erhalten haben, denen wir nachgehen werden. Es wird sich zeigen, ob uns die weiteren Informationen verweigert werden – wie es bei einzelnen Personalien bereits der Fall war.

Zum Schutz der Arbeiterwohlfahrt scheint ein Neuanfang in Thüringen – im Landesvorstand und der AJS-Geschäftsführung – sinnvoll, notwendig und gar unausweichlich. Dieser Neuanfang wird uns nur gemeinsam gelingen. Wir bauen auf Eure Unterstützung und Solidarität. Damit die AWO in Thüringen den Neuanfang bekommt, den sie braucht und vor allem auch verdient.

Mit freundschaftlichen Grüßen

AWO Bundesverband e.V.



Wilhelm Schmidt

(Präsident)



Wolfgang Stadler

(Vorstandsvorsitzender)